

Politisches Durcheinander: der König greift ein

Die Wahlen in Thailand

Wer hätte das gedacht: In *südostasien* 1/2005 war mein Beitrag zu den Wahlen im Februar mit »Thaksin der große Triumphator« überschrieben. Alles deutete darauf hin, dass der Premierminister, Thaksin Shinawatra, für mindestens weitere vier Jahre unanfechtbar fest im Regierungssattel sitzen würde. Und nur ein Jahr später berichte ich über Massenproteste, Neuwahlen und sogar einen ganz ungewöhnlich direkten Eingriff des Königs in die Politik. Was war geschehen?

Michael H. Nelson

Korruptionsvorwürfe

Bereits Mitte April 2005 zogen dunkle Wolken vor TRTs (Thai Rak Thai Party »Thai lieben Thai«) anfeuerndem Wahlslogan »Vier Jahre Reparaturen – vier Jahre Aufbau« auf. Zeitungen erhoben schwere Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Beschaffung von CTX Gepäckscannern für den neuen Suvarnabhumi Flughafen. Zwei Monate später griff die Opposition diesen Skandal in einer Misstrauensdebatte gegen den zuständigen Verkehrsminister, Suriya Jungrungreangkit, auf. Zwar überstand er die Debatte, war aber so beschädigt, dass Thaksin ihn in seiner zehnten Kabinettsumbildung von seinem Amt entband. Da dieser Minister aber auch TRTs Generalsekretär und Chef einer der wichtigsten Fraktionen der Partei ist, wurde er mit den Posten des Industrieministers und stellvertretenden Premierministers belohnt, statt aus dem Kabinett auszuschneiden. Obwohl die Korruptionsbekämpfung seit 2001 erklärtermaßen eine von Thaksins Hauptstrategien ist, steht diese Regierung seit langem unter starkem Verdacht von Korruption, Vetternwirtschaft und Interessenkonflikten.

Kaum hatte sich die Aufregung über die Kabinettsumbildung gelegt, wurde die Öffentlichkeit

durch den Versuch einer sehr unthailändischen feindlichen Übernahme zweier herausragend wichtiger seriöser Zeitungen, der thailändischsprachigen *Matichon* und der englischsprachigen *Bangkok Post*, durch einen Mogul der Unterhaltungsindustrie alarmiert. Er gab zu, nicht zu wissen, wie Zeitungen operierten, sah aber ausreichende »Synergien« mit seinen Schauspielern und Sängern, um dieses sehr teure Abenteuer zu wagen. Ein Sturm der Entrüstung brach los, weil dieser Mogul, Paiboon Damrongchaitham, ein enger Freund Thaksins ist, der ihn mit seinen Schlagerstars bei politischen Werbeaktionen unterstützte oder Karaoke mit Thaksin und seiner Tochter im TRT Hauptquartier sang. Es wurde angenommen, dass Paiboon die gleiche Funktion zugeordnet war, die Thaksin mit seinem Kauf der einzigen unabhängigen Fernsehstation und ihrer nachfolgenden politischen Kaltstellung vor der Wahl des Jahres 2001 selbst wahrgenommen hatte. Der öffentliche Aufschrei war so gewaltig, dass Paiboon nach wenigen Tagen den Rückzug antrat.

Das »Sondhi Phänomen«

Nur wenige Tage nach Paiboons Übernahmeverbot verbot eine regierungseigene Fernsehstation die seit Juli 2003 laufende politische Talkshow »Thailand Wèekly«. Diese Aktion wurde weithin als Versuch gewertet, einen der lautstärksten Regierungskritiker, Sondhi Limthongkul, mundtot zu machen. Anstatt sich mit seinem Schicksal abzufinden, setzte er seine Veranstaltung, die im wesentlichen aus ständigen wilden Angriffen auf Thaksins angebliche Korruption und Machtmissbrauch bestanden, zunächst im Au-

Der Autor ist Visiting Scholar, Faculty of Political Science, Chulalongkorn University, Thailand; Senior Research Associate, Südostasienkunde, Universität Passau (mhnelson_bkk@yahoo.de).

ditorium der Thammasat Universität und dann vor Zehntausenden Zuhörern im Lumpini Park im Herzen Bangkoks fort. Nur sieben Monate nach Thaksins sehr überzeugendem Wahlsieg – selbst in Bangkok – behauptete Sondhi bizarrerweise, Thaksin habe alle Legitimität verloren, das Land weiter zu regieren. Seine zentrale Forderung war es, Thaksin möge seine Macht an den König zurückgeben, also aus dem Amt scheiden und damit den Weg für einen vom König für eine Übergangszeit ernannten Premierminister freimachen.

Dabei ist Sondhi durchaus nicht unumstritten. Als früherem Verteidiger Thaksins waren – und sind bis heute – vielen Beobachtern die Motive seiner Kehrtwendung sehr suspekt. Ein berühmter Sozialkritiker, Sulak Sivaraksa, gefragt, ob er Sondhi unterstützen würde, meinte: »That's bastard against bastard, evil versus evil. Sondhi would sell himself at any time if the price is right« (The Nation, 20. Dezember 2005).

Sondhis Stern schien im Verblässen, nachdem er am 13. Januar ca. 3.000 Demonstranten vom Lumpini Park zum Amtssitz des Premierministers geführt hatte, von denen einige Hundert auf das Grundstück vordrangen. Vielen ging diese Aktion zu weit. Auch wurde der Mangel an neuen Enthüllungen über Thaksin beklagt. Ein weiterer berühmter Sozialkritiker, Thirayuth Boonmee, meinte: »Aktivisten brauchen mehr Beweise über (Thaksins) Korruption, bevor sie versuchen können, die Thaksin-Regierung zu stürzen« (The Nation, 15. Januar 2006). Da Sondhis »Kreuzzug gegen Regierungschef Thaksin schwächelt« (Bangkok Post, 22. Januar 2006), wurde eine für den 4. Februar angekündigte Großdemonstration auf der Royal Plaza als guter Weg zum Ende seiner Bestrebungen gewertet. Sondhi hatte angekündigt, diese Veranstaltung mit einer Petition an den König zu beenden und sich dann aus der Organisation von Protesten zurückzuziehen.

»Thaaaaaaksin – ook pai«

Dann aber verschärfte Thaksin selbst entscheidend die politischen Spannungen, indem er seine Firma, Shin Corporation, für 73 Milliarden Baht (ca. 1,5 Milliarden Euro) an die Investitionsholding Temasek verkaufte – nachdem der Aktienwert von Shin während Thaksins Regierungszeit erheblich zugenommen hatte. Damit gingen thailändische Regierungskonzessionen für das größte Mobilfunknetz und das Satellitenmonopol sowie eine low-cost Fluggesellschaft,

eine Fernsehstation, ein Internet Service Provider, eine Marketingfirma und andere praktisch in den Besitz der Regierung Singapurs, dem Eigner von Temasek, über. Zudem war die Transaktion offenbar langfristig und sehr sorgfältig von einer ganzen Reihe von Thaksins Vertrauten mit ihren Kollegen aus Singapur geplant worden, nicht zuletzt mit dem Ziel, die Zahlung auch nur eines einzigen Baht von Steuern an den thailändischen Staat – repräsentiert ebenfalls durch Thaksin – zu vermeiden. Kaum ein Beobachter mochte glauben, dass Thaksin überrascht war, als er vom Verkauf seiner Firma erfuhr. Dies musste aber seine offizielle Verteidigungslinie sein, weil die thailändische Verfassung in Artikel 209 eine strikte Trennung von Regierungsamt und privatwirtschaftlicher Interessenverfolgung vorschreibt. Kabinettsmitglieder dürfen keine Anteile an Firmen halten, und sie dürfen sich auch nicht an Managemententscheidungen beteiligen.

Einige Zeit später äußerte der hoch angesehene Vorsitzende des Privy Councils (dem Beratungsgremium des Königs), Prem Tinsulanonda, in einer Rede über verantwortliche Staatsverwaltung nach dem Vorbild des Königs die Ansicht, dass Fähigkeiten und Cleverness ohne die Beachtung ethischer Maßstäbe wohl eher nicht positiv seien – nicht ohne zu erwähnen, dass sich diese Bemerkung gegen niemanden im besonderen wende. Und der ansonsten durchaus regierungsfreundliche konservative Jurist Meechai Ruchuphan wurde von der Zeitung Matichon am 13. Februar 2006 mit den Worten zitiert: »Diese Regierung unterstützt clevere Personen darin, ihre Cleverness in jeder Weise dazu zu verwenden, im Konkurrenzkampf zu obsiegen. Daher mangelt es uns an Personen, denen der Schutz der Interessen von Staat und Nation am Herzen liegt.« Dass Thaksin die auf einen Regierungschef anzuwendenden moralischen Maßstäbe mit seinem Verhalten ganz erheblich verfehlt habe, wurde viel beklagt und von zahlreichen bekannten Persönlichkeiten genutzt, um in offenen Briefen seinen Rücktritt zu fordern.

Vor diesem Hintergrund gewann der Protest vom 4. Februar neue Bedeutung. Auch zog sich Sondhi nicht von der Organisation weiterer Demonstrationen zurück, sondern setzte für den 11. Februar die nächste Veranstaltung an. Für die weitere Entwicklung ist von Bedeutung, dass er von seinem Alleinvertretungsanspruch abrückte und sich nunmehr mit dem üblichen Geflecht von Aktivisten aus dem »people's sector« (phak prachachon) verbündete. Entscheidend für die folgenden Ereignisse war jedoch, dass der religiöse Fundamentalist Chamlong Srimuang, der Thaksin in die Politik gebracht hatte, am 19. Februar erklärte, er werde sich der Anti-Thaksin-Front anschließen und mit seiner Dharma Army von Tausenden treuen Anhängern solange an den Protesten teilnehmen, bis Thaksin von seinem Posten zurückgetreten sei. Daraufhin, und noch bevor die



Thaksin als Hitler – gehen die Demonstranten mit dieser Karikatur zu weit? Quelle: www.thaingo.org

nächste Großdemonstration am 26. Februar stattfand, löste Thaksin das Parlament auf und beraumte für den 2. April Neuwahlen an. Eine wochenlange Belagerung des Regierungssitzes durch Hunderte von Chamlongs Anhängern, in den Abenden verstärkt durch Zehntausende oft der Mittelschicht angehörenden Demonstranten, begann am 14. März 2006. Ihr Schlachtruf war: »Thaksin ook pai« – »Thaksin: verschwinde!«

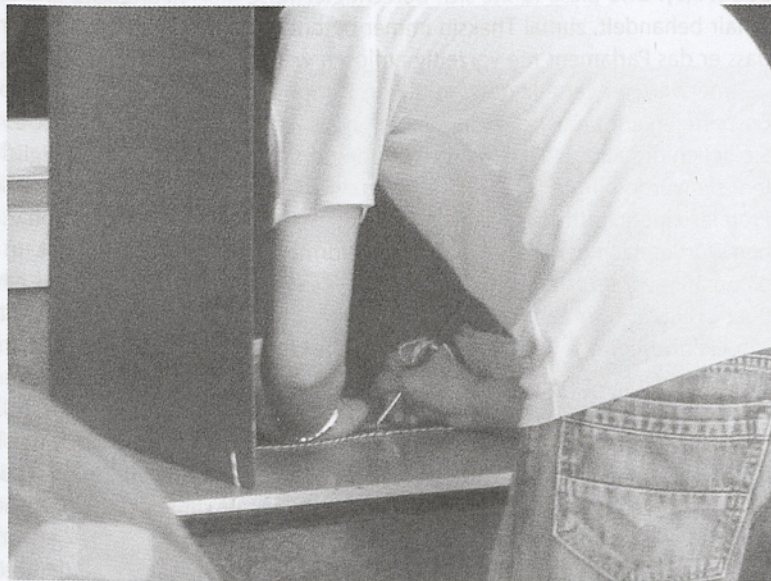
Demokratie?

Auf durch die Verfassung gegebene Möglichkeiten, Thaksin wegen Korruption oder Machtmissbrauch aus seinem Amt zu entfernen, mochten sich die Führer der De-

monstranten nicht einlassen. Ob ihr Vorgehen noch durch demokratische Maßstäbe – unter anderem dem Recht der Versammlungsfreiheit – gedeckt war oder die Grenze zum »mob rule« überschritten hatte, wird noch kontrovers diskutiert. Auch fragen sich manche Beobachter, welchen Wert

insbesondere die in den ländlichen Gebieten abgegebenen Wählerstimmen eigentlich haben, wenn einige zehntausend Demonstranten in der Hauptstadt nur kurz nach einer überzeugend gewonnenen Wahl derartig massiven Druck aufbauen können, dass die Wahllegitimität des Regierungschefs in unlösbare Schwierigkeiten gerät. Hinzu kommt, dass viele der bei den Demonstrationen gehaltenen Reden weniger informativ denn hasserfüllt waren. In einem besonders betrüblichen Beispiel sagte ausgerechnet der Führer einer Lehrerververeinigung aus dem Nordosten: »Mögen die Kinder all jener [Thaksin und seiner Frau], die (das Land) betrügen, zu mit Geschlechtskrankheiten infizierten Huren werden!« Diese Redepraxis ging so weit, dass die Chefin der thailändischen Zweigstelle von Amnesty International die Organisatoren in einer Email aufrief, die Sprecher zu kontrollieren und mahnte, dass die von den Demonstranten so geschätzte Gewaltfreiheit nicht nur in der Abwesenheit direkter körperlicher Gewalt bestehe (The Nation, 1. März 2006).

Von den Demonstranten wurde die große Mehrheit der ländlichen Wähler ganz ungeniert als ungebildet, uninformiert, käuflich und moralisch zweifelhaft abgewertet. Diese Anmaßung signifikant privilegierter politischer Einsicht auf Seiten der Aktivisten und ihrer Unterstützer bildete die Grundlage dafür, die Stimmen von in Bangkok angesiedelten Anti-Thaksin-Gruppen für sehr viel bedeutsamer für die Legitimitätsfrage zu halten. In praktischer Hinsicht nutzten diese Gruppen die großen Organisationsvorteile, die sie gegenüber Landbewohnern haben. Das allgemeine Wahlrecht ist also zwar in der Verfassung verankert, aber noch nicht allgemein-politisch anerkannt. Die seit Jahrzehnten beklagte politische Kluft zwischen Stadt (Bangkok) und Land besteht fort.



Bei der Stimmabgabe über die Schulter geschaut.

Foto: Michael Nelson

Darüber hinaus wurden auf beiden Seiten der Auseinandersetzung bedenkliche politische Praktiken angewandt. So belagerten die Anti-Thaksin-Demonstranten wochenlang das Regierungsgebäude samt der umliegenden Straßen. Auch blockierten sie für einige Stunden das Bürogebäude, in dem die

Wahlkommission amtiert. Demonstranten forderten von das Gebäude verlassenden Autofahrern, ihre Kofferräume zu öffnen in der Annahme, die Kommissionäre würden sich auf dieser Weise dem Zugriff durch die Demonstranten zu entziehen versuchen. Und im Süden verhinderten Demonstranten, dass sich Kandidaten zur Nachwahl registrieren konnten; andere wurden einem Spießrutenlaufen ausgesetzt.

Pro-Thaksin-Kräfte sprengten eine Wahlkundgebung der Demokratischen Partei in Chiang Mai, blockierten für einige Stunden das Redaktionsgebäude von The Nation und erzwangen den Abbruch einer Seminarveranstaltung mit Führern der Anti-Thaksin-Proteste in Udorn Thani. In allen drei Fällen waren offenbar Mitglieder von Thaksins TRT maßgeblich an den Aktionen beteiligt. All diese Geschehnisse deuten darauf hin, dass die demokratische politische Kultur in Thailand noch recht brüchig ist. Im Zweifelsfall unterliegt die Durchsetzung des eigenen politischen Willens wenigen Beschränkungen.

Die »Wahlen«

Da Thaksin die Neuwahlen auf den 2. April angesetzt hatte, blieben nur 37 Tage bis zum Wahltag. Nach den Worten der Verfassung war diese Entscheidung erlaubt, weil nach Parlamentsauflösungen Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen stattfinden müssen. Allerdings sieht die Verfassung auch vor, dass Wahlen nach dem regulären Ende einer Legislaturperiode innerhalb von 45 Tagen durchgeführt werden müssen. Es war unter anderen der konservative und an sich der Regierung nahe stehende Jurist Meechai Ruchuphan, der in einer harschen rechtlichen Kritik an der Wahlkommission darauf hinwies, dass diese Differenz mit der Vorhersehbarkeit von Wahlen durch die Opposition zu tun habe (Post Today, 25. April 2006: A9). Und diese fühlte sich berechtigterweise unfair behandelt, zumal Thaksin immer betont hatte, dass er das Parlament nie vorzeitig auflösen werde.

Unerwarteterweise kündigten die drei Oppositionsparteien an, sie würden die Wahlen boykottieren. Sie ließen die Tür für Thaksin aber offen und erklärten, sie würden ihren Entschluss ändern, wenn der Premier eine schriftliche Verpflichtung unterschreiben würde, nach der Wahl Verfassungsreformen planmäßig voranzutreiben. Thaksin machte sich darüber lustig, und so nahm der Boykott seinen Lauf. Um kleinlicher Vorteile willen drängte er die Oppositionsparteien aus der parlamentarischen Politik und auf die Seite der Demonstranten. Später gerierte er sich dann als Kämpfer für die Demokratie – ein Wort, das ihm seit der Gründung von TRT im Jahr 1998

sonst so gut wie nie, und wenn dann abwertend, über die Lippen gekommen war.

Damit standen in vielen Wahlkreisen nur Kandidaten von Thaksins TRT zur »Wahl«. Insbesondere im Süden des Landes, der Hochburg der Demokraten, gelang es vorhersehbar vielen von ihnen nicht, den für sie geltenden Mindestanteil von 20 Prozent der Wahlberechtigten auf sich zu vereinen. Landesweit gab es sehr viele Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen. Bei der Parteiliste betrug ihr Anteil 31,1 Prozent bzw. 5,8 Prozent, bei den Wahlkreisen 33,1 Prozent bzw. 13,03 Prozent. Als Folge mussten Wiederholungswahlen in Dutzenden Wahlkreisen durchgeführt werden. Auch sie ließen noch einige der 400 Sitze für Wahlkreiskandidaten unbesetzt.

Thaksin gewann 16.420.755 Stimmen auf der Parteiliste und erreichte damit eine Mehrheit von 56,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei einer um rund zwei Millionen geringeren Wahlbeteiligung verlor TRT damit 2,6 Millionen Stimmen gegenüber 2005. Die Wahlkreiskandidaten der Partei verloren lediglich 1,2 Millionen Wähler, so dass der Vorsprung Thaksins gegenüber den Kandidaten seiner Partei von 2,4 auf nur noch eine Million Stimmen schmolz. In den von 37 auf 36 reduzierten Sitzen Bangkoks gewannen nur neun TRT-Kandidaten mehr Stimmen, als es Enthaltungen gab. Insgesamt enthielten sich in Bangkok 1.323.206 Wähler ihrer Stimmen, während 1.168.206 Wähler für TRT votierten, also 155.000 weniger als es Enthaltungen gab (nach einer Tabelle in Krungthep Thurakit, 5. April 2006: 5). Bei der Wahl des Jahres 2005 hatte

TRT noch 32 Mandate in der Hauptstadt gewonnen. Der von den Protestanten ausgeübte Druck und das Wahlergebnis veranlassten Thaksin, am 4. April in einer Fernsehansprache zu erklären, er werde nicht für das Amt des Premierministers in der nächsten Regierung kandidieren.

Es wird angenommen, dass TRT in einer Reihe von Fällen nur deshalb um das 20 Prozent-Problem herumkam, weil sie Angehörige anderer Parteien als Gegenkandidaten angeheuert hatte. Die Wahlkommission sah sich, initiiert durch die Demokraten, gezwungen, zwei solche Parteien aus eben diesem Grund aufzulösen. Es wurde sogar festgestellt, dass der im Büro der Wahlkommission für die Führung der Datei der Parteimitglieder zuständige Beamte mit 30.000 Baht bestochen worden war, um die Beitrittsdaten der Gegenkandidaten so zu ändern, als seien sie bereits 90 Tage vor der Kandidatenregistrierung Mitglieder gewesen. Dies ist eine Kernvoraussetzung dafür, dass sich jemand für die Wahlen aufstellen lassen kann. Allerdings sah sich die Kommis-



Demonstration gegen Thaksin

Foto: Michael Nelson

sion noch außerstande festzustellen, ob tatsächlich TRT dahinter steckte – wohl befürchtend, dass sie dann zwangsläufig auch die Regierungspartei würde auflösen müssen. Diese Möglichkeit rückte näher, als am 11. Mai bekannt wurde, dass ein Untersuchungsausschuss der Wahlkommission hochrangige Mitglieder der TRT für schuldig erklärt und rechtliche Schritte gegen Thaksin vorgeschlagen hatte.

Der König greift ein

Das Parlament muss innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Dafür müssen aber alle 500 Mitglieder des Parlaments bestätigt sein. Dies schien unwahrscheinlich und damit auch die Möglichkeit, einen neuen Premierminister zu wählen. Dann nahm der König die Verteidigung neuer Richter am Obersten Gerichtshof und Obersten Verwaltungsgericht zum Anlass, um zu fragen, ob die Situation vielleicht so verfahren sei, dass die Wahlen für ungültig erklärt werden müssten. Den Gerichten lastete er die Bürde zur Lösung der Probleme mit den Worten auf: »Wenn Sie denken, dass sie hierzu nicht fähig sind, dann sollten Sie besser zurücktreten.« Wohl an Thaksin richtete er die Mahnung: »Ich weiß nicht, wer die Sache so verpfuscht hat. Aber man kann das Land nicht in verpfuschter Art und Weise regieren.« Die Demonstranten wurden beschieden: »All diese Rufe nach einem königlich ernannten Premierminister haben mir sehr zugesetzt... Diese Forderungen sind undemokratisch... verpfuscht und unvernünftig.«

Am 8. Mai 2006 erklärte das Verfassungsgericht die Wahl vom 4. April für null und nichtig und ordnete Neuwahlen an. Erstens wurde bemängelt, dass durch die Kurzfristigkeit der Wahlen und die daraus folgenden Probleme ihr demokratischer Kern verletzt worden sei. Zweitens wurde festgestellt, dass durch die Platzierung der Wahlkabinen in den Wahllokalen die in der Verfassung garantierte geheime Stimmabgabe wesentlich verletzt worden sei. Damit steht die Wahlkommission unter starkem Rücktrittsdruck, dem ein Mitglied schon nachgegeben hat. Die Oppositionsparteien haben bereits ihre Teilnahme an den Neuwahlen zugesagt. Die Wahlkommission hat den 26. Oktober 2006 für die Neuwahlen vorgeschlagen. Es obliegt aber der Regierung, den Wahltermin festzusetzen. (Siehe auch Seite 40) Daran schlosse sich eine ca.

einjährige Phase der Verfassungsreformen an, die von einer erneuten Wahl nach den dann neuen Regeln gefolgt wären. In welcher dieser beiden Wahlen Thaksin in welcher Eigenschaft antritt und ob dies gegebenen Falls neue Proteste nach sich ziehen würde, ob Fraktionen von TRT zu anderen Parteien wechseln, und ob die neue Verfassung Thaksin am Zugang zum Amt des Premierministers oder zumindest an der Wiedererrichtung seines berüchtigten »Thaksin-Systems« hindern wird – diese Fragen wird die nahe Zukunft beantworten müssen.

Anmerkung

- *) Freie Übersetzung des Autors nach den Abdrucken in verschiedenen thailändischsprachigen Zeitungen.



Auf einer Wahlkampfveranstaltung

Foto: Michael Nelson